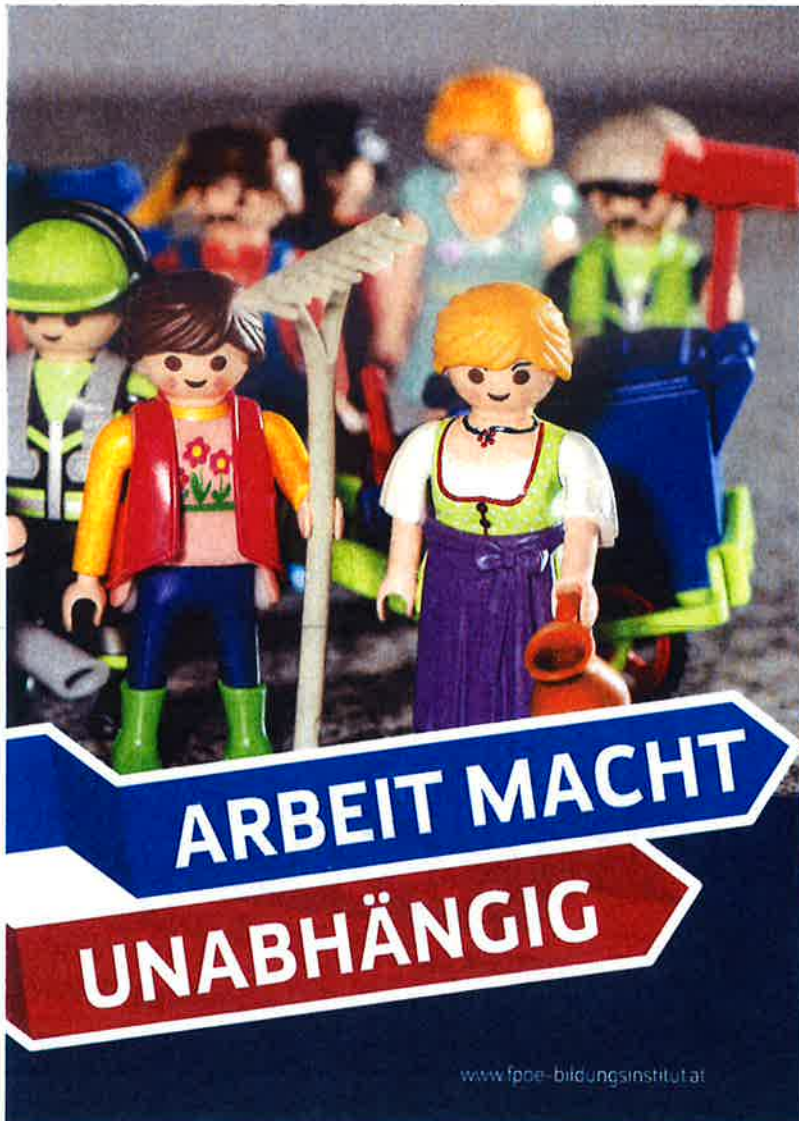




Das freiheitliche Beschäftigungs- programm



ARBEIT MACHT

UNABHÄNGIG





Wertlos, deprimiert, ohne Hoffnung

„Ich bin seit einigen Jahren arbeitslos. Ich bin deprimiert, fühle mich in unserer Gesellschaft nutz- und wertlos und habe große Zukunftsängste. Meine Situation scheint immer nur noch schlimmer zu werden – langsam verliere ich die Hoffnung.“

*Alexander H., Werkzeugschlosser,
56 Jahre, seit drei Jahren arbeitslos*

Derartige Aussagen von arbeitslosen Menschen in Österreich hört man in letzter Zeit immer öfters. Kein Wunder sind doch fast 500.000 Arbeitslose in Österreich eine beängstigende Anzahl, die niemanden kalt lassen kann - am wenigsten die Betroffenen und deren Familien selbst.

Wer jemals in die unangenehme Situation gekommen ist, unverschuldet seine Beschäftigung zu verlieren, weiß, was dies bedeutet. Die Verminderung des Einkommens mag schlimm sein, wird aber in unserem Sozialstaat durch das Arbeitslosengeld, später durch die Notstandshilfe abgefedert. Viel schlimmer sind aber die sozialen und seelischen Veränderungen, die sich schleichend, beinahe heimtückisch im Zuge eines Jobverlustes einstellen. Sieht



man von ganz abgebrühten Naturen oder bewusst Asozialen ab, die zwar augenfällig sind, aber nur eine kleine Minderheit darstellen, so leidet doch die überwiegende Mehrheit der Betroffenen massiv an ihrer scheinbaren Herabwürdigung. Es ist, als hätte man ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen. Der gewohnte Tagesablauf, der stabilisierende haltgebende Lebensrhythmus geht über Nacht verloren. Ob selbstsichere, fröhliche und begeisterungsfähige Menschen, ob Jung oder Alt, ob Frau oder Mann – alle diese Menschen verlieren sukzessive ihren Optimismus, werden mutlos und versinken schlussendlich in eine tiefe Depression.

Ein Teufelskreis entsteht: Mit zunehmender Dauer der Beschäftigungslosigkeit verlieren die Betroffenen aber genau jene Selbstsicherheit und Zuversicht, die sie aber für einen erfolgreichen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt dringend bräuchten. Die regelmäßigen Vorsprachen beim AMS werden zum Spießrutenlauf. Besonders tragisch gestaltet sich der scheinbare soziale Abstieg bei der älteren Generation, wenn sie mantraartig mit dem Satz: „Sie sind zu alt und überqualifiziert“ konfrontiert wird. Eine derartige Aussage schmerzt nicht nur, sie ist auch demütigend und wirkt entwertend.

Somit stellt eine unverschuldete Arbeitslosigkeit mehr als nur einen finanziellen Verlust dar. Mit dem objektiv nicht immer verifizierbaren, aber so empfundenen sozialen Abstieg beginnt auch ein seelischer Leidensweg, den nur der- bzw. diejenige ermessen kann, der auch einmal diese unselige Schattenseite des Erwerbslebens erfahren musste. Um diesen arbeitslosen Menschen in Österreich wieder eine Hoffnung geben zu können, müssen wir daher rasch entscheidende Korrekturen in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik vornehmen!





Faymann, Mitterlehner und Co. Schuld an 500.000 Arbeitslosen

In der Geschichte der Zweiten Republik waren noch nie so viele Menschen ohne Job wie jetzt unter dieser Faymann-Mitterlehner-Hundstorfer-Regierung. Mit fast 500.000 Arbeitslosen in Österreich wurde ein trauriger Rekordwert erreicht: Schon jeder zehnte Österreicher ist ohne Arbeit. Davon besonders schwer betroffen, ist die österreichische Bauwirtschaft.



Über viele Jahre hat die rot-schwarze Bundesregierung die Österreicher arbeitsmarktpolitisch auf die Verliererstraße manövriert. Hauptverantwortlich dafür ist eine ungezügelter Einwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt und in unser Sozialsystem. Dies führt in Österreich zu einem fortlaufenden Verdrängungswettbewerb bei der Beschäftigung. Österreichische Arbeitnehmer werden von Arbeitskräften aus den EU-Oststaaten, aber auch aus Drittstaaten, beinhardt aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. In Österreich gab es noch nie eine so hohe Belastung des Faktors Arbeit, wie derzeit - und dies bei gleichzeitiger

Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für Billig- arbeitskräfte, die unsere klein- und mittelständischen Betriebe sukzessive zerstören. Auch die Arbeitslosigkeit bei den Menschen über 50 Jahren steigt weiter rasant an. Am 4. April dieses Jahres sagte AMS-Vorstand Buchinger in den „Salzburger Nachrichten“ über die 100.000 über 50-Jährigen ohne Arbeit: „Dieser Gruppe fehlt die Motivation, sich beruflich neu zu orientieren“. Nach unserer Ansicht fehlt es wohl mehr an der Motivation der AMS- Führung, für diese Altersgruppe maßgeschneiderte Programme für einen Wiedereintritt ins Berufsleben zu entwickeln. Auch ein Thema, das jeder aus seinem persönlichen Umfeld kennt und dennoch wird dieser Problem- bereich gerne von SPÖ und ÖVP verschwiegen: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Österreich. Mit Stand März 2015 sind in unserem Land 46.863 Jugendliche ohne Arbeit. Kaum etwas ist so emotional be- rührend, wie jungen Leuten keine Arbeit geben zu können und ihnen somit beinhart die Zukunft zu rau- ben. Die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land ist deshalb auch so hoch, da die Lehrlingszahlen immer mehr zurückgehen und immer weniger kleine und mittlere Unternehmen Lehrlinge ausbilden wollen.

Ebenso sind die Zuwachsraten bei den Langzeitar- beitslosen mehr als dramatisch. So sind immer mehr Menschen in Österreich länger als zwölf Monate ar- beitslos vorgemerkt. Derzeit gibt es über 20.000 Men- schen, die in dieses Segment fallen. Nach Bundeslän- dern betrachtet, steigt die Zahl der Arbeitslosen in allen neun Bundesländern. Die stärkste Zuwachsra- te gibt es aber wie immer im rot-grünen Wien. Lang- zeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslo- sigkeit im Jahresvergleich Jänner 2014/Jänner 2015:

Arbeitslosig- keitsformat	Absolute Zahlen Jänner 2015	Veränderung Jänner 2014/Jänner 2015	Veränderungen in Prozent
Langzeitarbeitslos	20.207	+11.514	132,50%
Langzeitbeschäftigungslos	102.784	+31.342	+ 43,9 %

Quelle: AMS





Arbeitsmarktbudget heillos überlastet

Obwohl allein 2014 insgesamt mehr als 5,8 Milliarden Euro an Beitragszahlungen in die Arbeitslosenversicherung geflossen sind, kann diese die Arbeitslosenunterstützungen und Notstandshilfen nicht mehr bezahlen. Die Arbeitsmarktbudgets sind auch deshalb heillos überlastet, da sich seit Jahren die Anzahl der Beitragszahler in die Arbeitslosenversicherung im Sinkflug befindet. Auch hier zeigen die Statistiken, dass ausländische Arbeitnehmer in unser Sozialsystem zuwandern, aber in vielen Bereichen nur einen geringen oder gar keinen entsprechenden Beitrag leisten. Gleichzeitig sind sie in erheblichem Ausmaß „Netto-Nutzer“ beim Arbeitslosengeldbezug und auch bei den AMS-Schulungsleistungen. Dies führt zu knappen AMS-Kassen und indirekt auch zu den aktuellen Leistungskürzungen für die arbeitslosen Österreicher.

EU-Ostöffnung – Ein Anschlag auf Österreichs Arbeitsmarkt

Die per 1. Jänner 2014 erfolgte vollständige Arbeitsmarktöffnung für Rumänen und Bulgaren hat zu einer weiteren Verschärfung der Situation am österreichischen Arbeitsmarkt geführt. Nicht die vorausgesagten 5.500 Rumänen und Bulgaren lockte der freie Arbeitsmarkt nach Österreich, sondern satte 11.000 Arbeitskräfte überschwemmten 2014 unser Land. Vor der letzten Arbeitsmarktöffnung hatten Wirtschaftsforschungsinstitute wie etwa das IHS noch mit einem schaumgebremsten Zuzug von bulgarischen und rumänischen Arbeitnehmern erwartet, passiert ist aber nun das Gegenteil. Gerade am Bau findet ein rascher Austausch zwischen Stammpersonal und Ausländern statt. AMS-Vor-

stand Buchinger musste daher schon zugeben, dass der Zuzug völlig unterschätzt wurde. Die österreichische Regierung hat daher die Verpflichtung, rasch eine sektorale Schließung des Arbeitsmarktes für die betroffenen Branchen zu beschließen. SPÖ und ÖVP sehen hier aber bewusst die Zeichen der Zeit nicht. So wird von Teilen der rot-schwarzen Koalition vehement eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes, etwa für Asylwerber und sonstige Drittstaatsangehörige, gefordert. Jährlich werden ohnehin schon 40.000 Ausländer in den heimischen Arbeitsmarkt eingegliedert. Diese enorme Anzahl von ausländischen Arbeitskräften entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Dornbirn.

Der Armutszuwanderung den Kampf ansagen

Das Wohlstandgefälle in der EU führt wohl oder übel auch zur Armutszuwanderung. So beträgt etwa der Nettodurchschnittsgehalt eines Rumänen 380 Euro und eines Bulgaren gar nur 350 Euro. Ein Teil der Arbeitslosigkeit wird mittlerweile somit auch von diesen Oststaaten nach Österreich exportiert. Wer heute auf eine österreichische Baustelle fährt, findet dort oft gar kein Fahrzeug mehr mit einem österreichischen KFZ-Kennzeichen. Einer derartigen schrankenlosen Armutszuwanderung in das österreichische Sozialsystem muss endlich der Kampf angesagt werden.

Rot-schwarze Zuwanderungspolitik bringt Minderqualifizierte

Gleichzeitig bekommen wir durch eine falsch verstandene Zuwanderungs- und Integrationspolitik im Inland eine Masse an un- und minderqualifizierten





Arbeitskräften in unser Land, die die Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen überhaupt nicht wirklich beherrschen. Besonders unter diesen minderqualifizierten Arbeitskräften herrscht ein enormer Verdrängungswettbewerb. Viele dieser Menschen landen dann in der Arbeitslosigkeit und belasten das österreichische Sozialsystem, aber auch das Ausbildungswesen in Milliardenhöhe.

Der Sonderfall Wien unter SPÖ-Häupl

In Wien waren im Jahre 2014 von 795.978 Beschäftigten 188.560 Ausländer – also 23,7 Prozent – das ist einfach zu viel. Speziell nach Wien strömen aber auch zahlreiche Ostarbeitskräfte, um in der Bundeshauptstadt ihr Glück am Arbeitsmarkt zu finden. Lohn- sowie Sozialdumping sind die traurige Konsequenz. Wir warnen schon seit Jahren vor der Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für Ostarbeitskräfte. Doch auch hier hat Rot und Grün alle Warnungen in den Wind geschlagen und ohne über die Folgen nachzudenken, den Wiener Arbeitsmarkt bereitwillig geöffnet. So haben 55,1 Prozent der Wiener Arbeitslosen einen Migrationshintergrund, jeder Dritte ohne Job ist ein Ausländer. Die Beschäftigungsquote der Inländer ist in Wien um 0,4 Prozent gesunken, die Beschäftigungsquote der Ausländer ist hingegen um 5,9 Prozent deutlich angestiegen. Besonders stark ist die Zuwanderung in den Wiener Arbeitsmarkt aus Rumänien und Bulgarien mit einem kräftigen Plus von 35,7 Prozent. Wien hat im Österreich-Vergleich die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote und dies ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Nämlich auf den enormen Zuzug und auf den niedrigen Bildungsgrad der Arbeitssuchenden. Die Schuld an dieser ganzen Misere trägt alleine der SPÖ-Bürgermeister.

Ohne Sozialversicherung gibt es auch keinen Job

Wer keine Sozialversicherung in Österreich aufweisen kann, darf auch hier nicht arbeiten und nicht behandelt werden - ausgenommen dabei ist eine Akutversorgung. Die EU ermöglicht aber mit einer Richtlinie die Entsendung von Dienstnehmern bis zu zwei Jahren. Dabei muss der Entsendete nur eine Bestätigung aus dem Entsendestaat vorlegen, worin bescheinigt wird, dass dieser im Entsendestaat sozialversichert ist. Für die österreichischen Behörden ist es aber nicht kontrollierbar, ob dieser Schutz tatsächlich besteht, da es keine europaweite Abfragemöglichkeit zwischen den einzelnen Sozialversicherungen gibt. Betrügern wird dadurch Tür und Tor geöffnet. Wenn eine EDV-Abfrage durch österreichische Behörden nicht möglich ist, darf es auch keine Anerkennung des Sozialversicherungsschutzes geben.

Anzahl der Lehrlinge nimmt dramatisch ab

Alleine im Zeitraum zwischen 1990 und 2013 ist die Anzahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr von 44.845 auf 35.580 zurückgegangen. Der Anteil der Lehrlinge an der Anzahl der 15-Jährigen beträgt nur mehr 39,9 Prozent. Während man die klein- und mittelständischen Betriebe in Sachen Lehrlingsausbildung durch bürokratische und arbeitsrechtliche Schikanen behindert, schantzt man den in Sozialpartnerhand befindlichen halbstaatlichen Lehrwerkstätten mehr als 9.000 hochgeförderte Lehrlingsausbildungsplätze zu. In den nächsten Jahren fehlen unserer heimischen Wirtschaft aber an die 85.000 Lehrstellen.





Schweiz als Vorbild nehmen

2014 hat die Schweizer Bevölkerung in einer Volksabstimmung mit einem „klaren Nein zu mehr Zuwanderung in die Schweiz“ die Richtung der Schweizer Ausländerpolitik vorgegeben. Wenn nun jemand länger als vier Monate in der Schweiz arbeiten möchte, benötigt er jetzt eine Arbeitserlaubnis. Ausgenommen sind Bereiche, in denen es einen allgemeinen Arbeitskräftemangel gibt. Zukünftig soll in jedem Einzelfall zuerst geprüft werden, ob geeignete Schweizer Arbeitskräfte vorhanden sind, bevor für einen Ausländer eine Arbeitserlaubnis ausgestellt wird. Was will das freiheitliche Beschäftigungsprogramm?

Was will das freiheitliche Beschäftigungsprogramm?

- Recht auf Arbeit
- Eine verbesserte Ausbildung für unsere Kinder
- Lehrlingsoffensive mit „Blum-Bonus Neu“
- Einführung der Teilzeitlehre
- Völliger Zuwanderungsstopp in unseren Arbeitsmarkt
- Einführung eines Gastarbeitermodells samt Rückführungsmöglichkeit
- Eigenes Sozialversicherungssystem für Ausländer
- Streichung der Zuwanderungsprivilegien für türkische Staatsbürger
- Kein Zugang für Asylwerber zum österreichischen Arbeitsmarkt
- Rasche Abschaffung des Billigstbieterprinzips
- Sofortige Senkung der Lohnnebenkosten
- Steuerliche Absetzbarkeit von hDaushaltsnahen Dienstleistungen
- Österreich braucht eine umfassende Infrastrukturgesamtstrategie



ARBEIT MACHT

UNABHÄNGIG



Das Ziel:

**Vollbeschäftigung für
die österreichischen
Staatsbürger**



Recht auf Arbeit:

Die FPÖ betrachtet das Recht auf Arbeit für die Österreicherinnen und Österreicher als soziales Grundrecht und will es in der Verfassung verankern. Dieses Recht bedeutet einen Auftrag an den Staat, im Rahmen seiner Möglichkeiten eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Es darf auch im Fall lang dauernder Arbeitslosigkeit für arbeitswillige Österreicher, die über kein anderes Erwerbseinkommen verfügen, nicht nur Notstandshilfe geben. Für solche hartnäckigen Fälle sind Beschäftigungsprogramme einzurichten, die zumutbare Arbeiten anbieten, die dann aber anzunehmen sind, solange ein Arbeitsplatz nach eigener Wahl nicht gefunden werden kann.

Eine verbesserte Ausbildung für unsere Kinder:

Die verfehlte rot-schwarze Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat zu einer Senkung des allgemeinen Ausbildungsniveaus geführt, die sich auch am heimischen Arbeitsmarkt negativ widerspiegelt. Wer aber in Österreich erfolgreich eine Pflichtschule absolviert, muss somit Lesen, Schreiben und Rechnen können und auch unsere Grundkulturtechniken beherrschen. Daher muss die langjährige Forderung der FPÖ nach einer verbesserten Ausbildung in den Kulturtechniken, endlich von SPÖ und ÖVP umgesetzt werden. Auch eine Trennung von Kindern mit deutscher Muttersprache und solchen Kindern, die Deutsch erst in der Schule erlernen müssen, ist dringend notwendig. Neben den Kulturtechniken müssen auch die guten alten Tugenden wieder aktiv im Schulwesen und in der außerschulischen Kinder- und Jugenderziehung vermittelt werden. Dazu zählen neben Pünktlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit



ARBEIT MACHT



UNABHÄNGIG



und Höflichkeit auch Ordnungsliebe sowie Disziplin gegenüber den Lehrherren und den Kunden.

Lehrlingsoffensive mit „Blum-Bonus Neu“:

Durch eine sinnvolle und effiziente Lehrlingsförderung mit dem „Blum-Bonus Neu“ ist in der klein- und mittelständischen Wirtschaft die duale Berufsausbildung massiv zu fördern. Die vorhandenen Mittel sollten daher vorwiegend für die Förderung von betrieblichen Lehrstellen eingesetzt werden. „Der Blum-Bonus Neu“ beruht auf folgenden drei Säulen:

Treue-Bonus: 2.000 Euro für maximal zwei Lehrlinge pro Unternehmen und Jahr für alle Unternehmen, die den Lehrlingsstand des Vorjahres beibehalten

Zusätzlichkeits-Bonus: 3.000 Euro für alle Unternehmen, die zusätzliche Lehrlinge aufnehmen und damit ihren Lehrlingsstand gegenüber dem Vorjahr erhöhen (jedoch begrenzt auf maximal fünf Lehrlinge pro Unternehmen)

Qualitäts-Bonus: 3.000 Euro nach einem Qualifikationsnachweis zur Mitte der Lehrzeit Als Anreiz zur Einstellung von Lehrlingen und um der dualen Ausbildung wieder zu einem höheren Stellenwert zu verhelfen, sollten die Kosten der Berufsschulzeit von der öffentlichen Hand übernommen werden. Dies auch als Ausgleichsmaßnahme zu den Schülern mittlerer und höherer Schulen, denen der Staat ihre Bildung zum überwiegenden Teil bezahlt.

Einführung der Teilzeitlehre:

Derzeit gibt es in Österreich keine Möglichkeit, eine Teilzeitlehre zu absolvieren. Tausende junge Men-

schen sind aufgrund ihrer Lebensumstände nicht in der Lage, eine Lehre, wie sie heute vorgeschrieben wird, zu absolvieren. Besonders betroffen sind Mütter, die in jungen Jahren schwanger wurden, oder junge Menschen, die durch Krankheit nicht voll einsetzbar sind. Das Gesetz sieht eine Teilzeitlehre nicht vor, in Ausnahmefällen wird sie aber im sogenannten rechtsfreien Raum zugelassen. Dieser Rechtszustand ist angesichts tausender Fälle sehr bedenklich. Schließlich kann es nicht darauf ankommen, ob jemand eine Vollzeitlehre in drei Jahren absolviert oder eine Teilzeitlehre in einem längeren Zeitraum. Mit der Einführung einer Teilzeitlehre könnten zahlreiche weitere Lehrstellen geschaffen werden.

Völliger Zuwanderungsstopp in unseren Arbeitsmarkt:

OECD-Vergleichsstudien zeigen, dass erst ab einem stabilen Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes zu erwarten ist. Auf diese empirische Tatsache muss die Arbeitsmarktpolitik Rücksicht nehmen. Solange kein höheres Wachstum vorhanden ist, kann es nur eine Nullzuwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt geben. Deshalb: Völliger Zuwanderungsstopp in den österreichischen Arbeitsmarkt, solange das Wirtschaftswachstum nicht bei über zwei Prozent zu liegen kommt.





Einführung eines Gastarbeitermodells samt Rückführungsmöglichkeit:

Derzeit gibt es in Österreich über 131.000 Langzeitarbeitslose, davon sind über ein Drittel Ausländer. Daher sollten dauerarbeitslose Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Schon seit Jahren fordert die FPÖ die Einführung eines zeitlich begrenzten Gastarbeitermodells samt Rückführungsmöglichkeit bei Dauerarbeitslosigkeit bzw. hohen Arbeitslosenzahlen. Es ist doch für jeden vernünftigen Menschen klar nachzuvollziehen, dass bei diesen derzeitigen horrenden Arbeitslosenzahlen ein Staat zuerst auf seine eigenen Bürger schauen muss und erst dann, wenn es die Ressourcen wieder zulassen, sich wieder um die Anderen kümmert.

Eigenes Sozialversicherungssystem für Ausländer:

Österreich braucht ein eigenes Sozialversicherungssystem für Ausländer und eine Sozialversicherungsanstalt für alle Österreicherinnen und Österreicher, um Kostenwahrheit und Transparenz schaffen zu können. Diese Sozialversicherung für Ausländer soll gleichzeitig eine eigene Beitrags- bzw. Leistungskostenrechnung für Ausländer bei der Arbeitslosenversicherung einrichten. Die Statistik der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch Ausländer zeigt nämlich ganz klar, dass der österreichische Steuerzahler auch hier „Nettozahler“ ist. Für Menschen aus Ländern, die beim Bezahlen von in Anspruch genommenen Versicherungsleistungen chronisch im Zahlungsverzug sind, sollten die österreichischen Krankenkassen nur mehr in akuten Notfällen Leistungen erbringen. Ansonsten sollten die Betroffenen ihre Leistungen selber vorfinanzieren und dann im Heimatland abrechnen. Der Schaden

für die österreichischen Beitragszahler ist nämlich enorm. Ebenso haben Ausländer mehr als eine Viertelmilliarde Euro Schulden bei den österreichischen Krankenkassen. Besonders säumig sind dabei Menschen aus Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Es ist auch nicht einzusehen, dass Milliarden an Sozialversicherungsbeiträgen im Sumpf der Sozialversicherungsträger mit ihren aufgeblähten Strukturen einfach verschwinden. So hat etwa Bayern mit 12,6 Millionen Einwohnern nur eine Sozialversicherungsanstalt – Österreich mit 8,5 Millionen Einwohnern 22 Sozialversicherungen. Dass es alleine in diesem Bereich ein enormes Einsparungspotential in Milliardenhöhe gibt, müsste sogar SPÖ und ÖVP einleuchten.

Streichung der Zuwanderungsprivilegien für türkische Staatsbürger:

Für türkische Staatsbürger sieht Österreich aufgrund des Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei ganz besondere Erleichterungen vor. Demnach bekommen sie bereits nach vier Jahren rechtmäßiger Beschäftigung oder nach 5jähriger Anwesenheit im Inland, wenn ein Familienangehöriger regulär zum Arbeitsmarkt zugelassen ist, auf Antrag sofort einen Befreiungsschein, der ihnen einen uneingeschränkten Zugang zum gesamten österreichischen Arbeitsmarkt gewährleistet. Die FPÖ lehnt diese Regelung entschieden ab, denn sie stellt eine eindeutige und ungerechtfertigte Bevorzugung gegenüber allen anderen Bürgern von Drittländern und unter gewissen Voraussetzungen sogar gegenüber EU-Bürgern dar - diese müssen nämlich in Österreich beschäftigt sein, um einen solchen Anspruch erwerben zu können. Auch angesichts der besonderen sozialen und kulturellen Schwierigkeiten bei



ARBEIT MACHT



UNABHÄNGIG



der Integration müssen diese Sonderregelungen für türkische Staatsbürger ersatzlos gestrichen werden.

Keinen Zugang für Asylwerber zum österreichischen Arbeitsmarkt:

Asylwerber-Einwanderung nach Österreich seit 1999	Asylwerber
1999	20.129
2000	18.284
2001	30.127
2002	39.354
2003	32.359
2004	24.634
2005	22.461
2006	13.349
2007	11.921
2008	12.841
2009	15.821
2010	11.012
2011	14.416
2012	17.413
2013	17.503
2014	28.027
2015** (Jänner/Februar)	7.231
Gesamt bisher:	336.882

Derzeit gibt es seitens von SPÖ und ÖVP Bestrebungen, den Arbeitsmarkt sogar für Asylwerber zu öffnen. Im Bereich der Lehrstellen hat man dies sogar schon umgesetzt. Eine Ausweitung des Arbeitsmarktzugangs für Asylwerber wäre aber ein staatlich legitimerter Asylmissbrauch. Das Asylrecht kann nicht ein Einfallstor für eine ungezügelte

Zuwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt und ins österreichische Sozialsystem sein. Das Asylverfahren dient nämlich nur zur Abklärung, ob jemand tatsächlich das Recht auf Asyl hat oder nicht. Es dient aber nicht der vorausseilenden Integration. Den Asylwerbern in Bausch und Bogen von Anfang an zu erlauben, in Österreich arbeiten zu können, wäre eine völlige Umkehrung der Bedeutung des Asylverfahrens und des Wesens des Asylrechts. Überdies würde eine solche Vorgangsweise einen weiteren gigantischen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben,

wenn man die derzeit explodierenden Asylwerberzahlen analysiert. Allein seit 1999 sind nämlich 336.882 Asylwerber nach Österreich eingewandert:

Rasche Abschaffung des Billigstbieterprinzips:

Die öffentliche Hand soll vor allem Bauaufträge nicht automatisch an die billigsten Firmen vergeben, denn das führt dazu, dass Billigfirmen aus Osteuropa in Scharen angeheuert werden. Auch österreichische Zeitarbeitsfirmen bedienen sich immer mehr solcher Arbeitskräften aus dem Osten. Dadurch entgehen dem österreichischen Staat Steuereinnahmen und österreichische Betriebe stellen aufgrund der unsicheren Lage immer weniger Lehrlinge ein. Wichtig sind daher Änderungen beim Vergaberecht, die Beschränkung von Subvergaben und bei der Leiharbeit. Das Billigstbieterprinzip gehört daher rasch abgeschafft. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen zukünftig neben dem Preis weitere Faktoren gelten. Ein Kriterium bei der Vergabe könnte sein, ob im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten ein bestimmter Prozentsatz an älteren Arbeitnehmern beschäftigt ist oder der Betrieb selbst Lehrlinge ausbildet. Auch Umweltaspekte, dass etwa Baumaterialien nur aus der Region geliefert werden dürfen, könnten einfließen. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zu Sicherung der heimischen Betriebe.

Sofortige Senkung der Lohnnebenkosten:

Die hohen Lohnnebenkosten sind in Österreich der Arbeitsplatzkiller schlechthin. Die FPÖ tritt für eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit ein, die sich in der Senkung der Lohnnebenkosten wider-





spiegelt. Dadurch werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auch die Stärkung der Kaufkraft angekurbelt. Dieser duale Ansatz kommt Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern gleichermaßen zugute und soll legale Arbeit wieder erstrebenswert und leistbar machen. Im Vergleich zu Deutschland sind in Österreich die Arbeitskosten wegen der hohen Abgabenbelastung nämlich um zehn Prozent höher.

Beispiel Eins: Eine Alleinverdienerin mit einem Kind und 2.000 Euro Bruttogehalt kostet dem österreichischen Arbeitgeber 36.700 Euro jährlich. Bei den deutschen Nachbarn fallen nur 33.400 Euro Gesamtkosten für den Unternehmer an - also 3.300 Euro Mehrkosten jährlich. Der österreichische Arbeitnehmer bekommt nach Abzug seiner Sozialversicherung und Lohnsteuer überhaupt nur 20.566 Euro heraus. 16.111 Euro bleiben im „System“.

Beispiel Zwei: Ein Alleinverdiener mit zwei Kindern und 5.000 Euro Bruttogehalt. Gesamtkosten für den Dienstgeber bei 90.600 in Österreich. In Deutschland nur 81.800 Euro - also 8.888 Euro Mehrkosten jährlich. Der österreichische Arbeitnehmer bekommt nach Abzug seiner Sozialversicherung und Lohnsteuer nur 43.081 Euro heraus. 47.519 Euro bleiben im System. Die Lohnnebenkosten: Sozialversicherungsbeiträge, Kommunalsteuer, Familienlastenausgleichsfonds, Wohnbauförderung, Arbeiterkammerumlage, U-Bahnsteuer usw.

Die Lohnnebenkosten haben auch dank dieser Bundesregierung eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden sind und die auf der Unternehmerseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen. Ein Senken der Lohnnebenkosten ist somit ein Gebot der Stunde.

Steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen:

Seit 1. Jänner 2006 gibt es in Österreich das Dienstleistungsscheckgesetz zur Erleichterung einfacher haushaltstypischer Dienstleistungen in Privathaushalten. Der Dienstleistungsscheck – Zahlungsmittel und Lohn für Menschen, die diese Arbeiten und Dienstleistungen in Privathaushalten erbringen, sofern die Entlohnung nicht über der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze liegt – ermöglicht an sich eine legale Beschäftigung, beispielsweise als Haushaltshilfe, für Gartenarbeiten oder für Kinderbetreuung mit automatischer Unfallversicherung und der Möglichkeit einer freiwilligen Kranken- und Pensionsversicherung.

Allerdings wurde der Dienstleistungsscheck von der Bevölkerung nicht wirklich angenommen. Leider ist es noch immer so, dass ein Großteil der haushaltsnahen Dienstleistungen als Schwarzarbeit erbracht wird. Schwarzarbeit wird in Österreich als Kavaliersdelikt beachtet. Laut Berechnungen des Linzer Ökonomen Friedrich Schneider macht Schwarzarbeit rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Alleine an Sozialabgaben und Steuern entgehen dem Staat dadurch drei Milliarden Euro.

Die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen würde auch in Österreich einen Anreiz geben, diese offiziell in Anspruch zu nehmen. Die FPÖ setzt sich dafür ein, die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen mit einer jährlichen Obergrenze pro Person einzuführen. Damit könnten in Österreich tausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden.





Österreich braucht eine umfassende Infrastrukturgesamtstrategie

Um der hohen Arbeitslosigkeit Herr zu werden, sollten ohnehin notwendige und schon geplante Infrastrukturprojekte vorgezogen werden. Mit einem derartigen Vorgehen würden wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs gesetzt. Trotz der großen Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur für Österreich gibt es, anders als etwa in der Schweiz, bis heute noch keinen detaillierten Infrastrukturgesamtplan, daher muss rasch auch eine umfassende österreichische Infrastrukturgesamtstrategie mit einem Planungshorizont 2030 erstellt werden. Laut dem unabhängigen Infrastrukturreport 2013 entscheidet nämlich der Standortfaktor Infrastruktur zunehmend über den wirtschaftlichen Erfolg – sowohl für in Österreich ansässige Unternehmen und die Exportwirtschaft als auch im Hinblick auf die Standortattraktivität für Betriebsansiedelungen. Im Zuge des globalen Wettbewerbs gilt für die Infrastruktur mehr denn je, dass Stillstand beim Ausbau auch in Österreich einen großen Rückschritt bei Wachstum und Wettbewerb bedeutet. Investitionen in die österreichische Infrastruktur sind also als Impulsmaßnahme für die Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sehen – das sollten sich auch SPÖ und ÖVP in ihr Stammbuch schreiben.



FPÖ-
BILDUNGSINSTITUT



FPÖ-Bildungsinstitut
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a
1080 Wien
Telefon: +43 - 1 - 512 35 35 - 0
Fax: +43 - 1 - 512 35 35 - 9
E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

